

nisterium für Arbeit und Sozialordnung. 1984 wechselte er ebenfalls in der Funktion des Staatssekretärs in das Bayerische Staatsministerium des Innern und von 1988 bis 1990 in das Bayerische Staatsministerium der Justiz.

Die Ämter, die Dr. Heinz Rosenbauer anvertraut waren, hat er glaubwürdig und engagiert ausgefüllt. Den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern hat er dabei nie verloren. In seiner Persönlichkeit vereinten sich souveräner Sachverstand, mitfühlende Menschlichkeit und sein rheinischer Humor, den er sich selbst in Zeiten schwerer Krankheit bewahrte. Er war beliebt und geachtet, vor allem in seiner Wahlheimat Unterfranken. Dort hat er sich große Verdienste erworben. Die Stadt Gemünden ernannte ihn 1986 zu ihrem Ehrenbürger.

Der Bayerische Landtag dankt dem Verstorbenen für seinen Einsatz für unser Land und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. - Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt habe ich einen freudigen Anlass. Es ist immer schön, wenn man zum Geburtstag gratulieren kann.

Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 18. Dezember Herr Kollege Christian Meißner, am 13. Januar Frau Kollegin Annette Karl und am 24. Januar der Staatssekretär des Innern, Herr Kollege Gerhard Eck. Herzlichen Glückwunsch, sehr geehrte Frau Kollegin und sehr geehrte Herren Kollegen. Ich gehe davon aus, dass Sie im Kreis der Familien und mit lieben Freunden schön gefeiert haben, vielleicht sogar auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten. Alles Gute auch vonseiten des Hohen Hauses. Glück, Erfolg und Gottes Segen! Das brauchen wir immer auch für unsere Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bin 1976 in den Bayerischen Landtag gekommen. Da hatten unsere Offizianten und Offiziantinnen die gleiche Dienstkleidung, wie wir sie auch heute Morgen noch gesehen haben. Sie haben sich selber gewünscht, sich in ein neues Outfit begeben zu können.

(Allgemeiner Beifall)

Diesem Wunsch ist das Präsidium des Bayerischen Landtags natürlich sehr gerne nachgekommen.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass das kein Rot ist. Es ist vielmehr ein Bordeaux.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, damit ist das Präsidium der Ausgewogenheit im Hinblick auf das ganze Haus gerecht geworden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Bayerns Zukunft ohne Atomkraft - endlich konsequent auf erneuerbare Energien umsteuern!"

Als Erstem erteile ich Herrn Kollegen Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Von Jahresbeginn an war die CSU, voran die Staatsregierung mit ihrem Minister Söder, wieder einmal auf Werbetour für die Atomkraft in diesem Land. Das geschah völlig unbekümmert von den CSU-internen Diskussionen um das "Leitbild 2010 plus" einschließlich "Zukunftskommission und Innovationsversionen". Da wurden alte Parolen wieder ausgepackt. Es hieß, die Atomkraft sei in diesem Land nicht ersetzbar und müsse weiter betrieben werden.

Ganz egal, ob es einen Parteitagsbeschluss hin oder her gibt - die CSU will bei diesem Thema bleiben. Die letzten Wochen haben wieder gezeigt: Es läuft auf eine Laufzeitverlängerung hinaus.

(Beifall bei der CSU)

Die aktuelle Debatte in Berlin zeigt deutlich: Da sitzt die Regierung schon wieder auf dem Schoß der vier großen Versorger und verspricht Laufzeitverlängerung.

Erstaunlich ist, dass der Umweltminister mit der Forderung nach zehnjähriger Laufzeitverlängerung in die Debatte geht. Warum fordert er nicht gleich 15 oder 20 Jahre? Warum also nur 10 Jahre? Das einzige Argument, das öffentlich vorgetragen wird, ist, angeblich könnten so 1,5 Milliarden Tonnen CO₂ eingespart werden. Aber dieser Gedankengang, Herr Minister Söder, ist so falsch wie er alt ist. Kein Mensch möchte doch die Atomkraft durch Braunkohlekraftwerke ersetzen. Sie rechnen Braunkohlestrom dagegen. Aber die Ersetzung durch Kohlekraftwerke will niemand. Deshalb hinkt das Argument.

Man muss auch Folgendes bedenken. Seit der Inkraftsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vor zehn Jahren ist die Stromproduktion aus Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie gewaltig gestiegen. Wir produzieren im Vergleich zum Jahr 2000 die zehnfache Strommenge von Isar 1. Trotzdem wollen Sie kein AKW abschalten. Wohin denn mit diesem ganzen Strom?

Erstaunt bin ich auch darüber, dass Sie in der Debatte immer von der Brücke ins Solarzeitalter reden. Sie reden davon, dass die erneuerbaren Energien ihre Leistungsfähigkeit erst beweisen müssten. Was ist

denn bei den erneuerbaren Energien in den letzten Jahren geschehen? Sie beweisen doch täglich ihre Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen Sie einmal die Augen auf und schauen sich die Zahlen an, um zu sehen, was diese Energieträger zur Stromproduktion beitragen! Heute ist im Wirtschaftsteil der SZ wieder einmal zu lesen - ganz aktuell -: Allein die im vergangenen Jahr in Deutschland gebauten Windkraftanlagen liefern so viel Strom wie zwei Atomkraftwerke. Ja, diese Strommenge ist im letzten Jahr hinzugekommen. Aber wir schalten keine Anlagen ab. Da passt doch etwas nicht zusammen. Noch eines muss gesagt werden: Die erneuerbaren Energien haben jedes von der Politik gesteckte Ziel übertroffen. Das Ziel für 2010 wurde im Bereich der erneuerbaren Energien bereits 2007 erreicht. Das verschweigen Sie. Sie verschweigen genauso, dass Deutschland im Stromexport jedes Jahr Steigerungen zu verzeichnen hat. Im Jahr 2008 hatten wir einen neuen Rekord im Stromexport. Die Strompreise an der Strombörse in Leipzig fallen zurzeit. Immer häufiger geht es da in den negativen Bereich.

Sie wissen genauso gut wie ich: An Weihnachten wurden massenweise Windkraftanlagen vom Netz genommen. Man hatte diesen Strom nicht mehr ans Netz gebracht, weil das Netz durch Nuklear- und Kohlekraftstrom verstopft ist. Dann gibt es keinen Platz mehr. Sie wollen jetzt noch einmal zehn Jahre draufpacken. Das erstaunt mich sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz dieses Überangebots an Strom, das wir zurzeit im Netz haben, wollen und müssen wir die Energieversorgung umbauen. Wir möchten eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Das hat mehrere Gründe, zum einen den Klimaschutz. Es ist unumstritten, dass wir die Erderwärmung reduzieren müssen. Die Ressourcen sind nun einmal endlich und werden eines Tages zur Neige gehen. Sie sind auch viel zu schade, um verbrannt zu werden.

Ein weiterer Grund ist die Unabhängigkeit von Weltmarktpreisen. Wir möchten erreichen, dass die Wertschöpfung in unserem Land bleibt. Das schafft Ausbildungs- und Arbeitsplätze in unserem Land. Der Umbau der Energieversorgung ist sicherlich eine schwierige Herausforderung, aber mit der Forderung, die bestehenden Laufzeiten um zehn Jahre zu verlängern, machen Sie es nicht leichter, sondern schwieriger. Sie machen vor allen Dingen eines - das ist an die Kollegen der FDP gerichtet, deren Bundeswirtschaftsminister von 15 bis 20 Jahren spricht -; Hiermit zementieren Sie

die alten Strukturen und drücken den neuen Technologien die Luft ab.

Wissen Sie eigentlich, wovon Sie sprechen? Wir haben einen Ausstiegskonsens. Einige AKWs laufen noch bis zum Jahre 2025. Wollen Sie da noch einmal 20 Jahre draufpacken? Wie lang soll diese Brücke, die wir gar nicht benötigen, noch werden?

Es ist auch erstaunlich, wie fahrlässig in Bayern mit diesem Thema umgegangen wird. Wir in Bayern profitieren doch von dieser Energiewende. Fahren Sie durchs Land; überall entstehen Solaranlagen und Biomasseanlagen. Viele bayerische mittelständische Handelsbetriebe haben ihr Produktportfolio erweitert und setzen auf diesen Bereich. Diese Firmen brauchen Planungssicherheit. Sie vertrauen auf die Planungssicherheit, die mit dem Atomausstieg beschlossen worden ist. Sie vertrauen auf den damit verbundenen Einstieg in erneuerbare Energien, und dieses Vertrauen der Mittelständler verspielen Sie mit Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was mich auch verwundert: Ich habe mir den Koalitionsvertrag von CSU und FDP angeschaut. Dort heißt es: "Einen funktionierenden Wettbewerb" möchten Sie durchsetzen im Strombereich. "Besonderes Augenmerk legen wir auf die leistungsfähigen kleinen und mittleren Energieversorgungsunternehmen in kommunalem, genossenschaftlichem oder Privateigentum." Wo sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die von Ihrer Politik profitieren, wenn Sie die Laufzeiten verlängern? Nennen Sie mir einen kleinen Betreiber, der für eine längere Laufzeit von Kernkraftwerken ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen gibt es nicht, denn es sind die vier großen Versorger. Schreiben Sie es doch ehrlicherweise hinein: Sie möchten die Position der vier großen Versorger festbetonieren und auf Ewigkeit festschreiben. Sagen Sie es doch! Ihre Koalitionsvereinbarung führt diesbezüglich in die Irre. Das kann man so nicht nachvollziehen.

Sie stehen mit Ihrer Forderung allein in der Gesellschaft. Es ist klar, die vier großen Versorger umjubeln Sie - das ist selbstverständlich -, aber zum Beispiel der Verband der Kommunalunternehmen, in dem mehrere hundert kommunale Energieunternehmen organisiert sind, lehnt das massiv ab. Diese halten mit ihrem Ziel, für eine dezentrale regionale Energieversorgung zu sorgen, die Verlängerung der Laufzeiten für den absolut falschen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion, sehen Sie doch einfach mal der Realität ins Auge. Energiewirtschaftlich sind die alten Reaktoren längst nicht mehr notwendig. Die Atomstromproduktion im letzten Jahr ist die geringste in 20 Jahren gewesen. Es werden reihenweise AKWs für Wartungsarbeiten abgeschaltet und stehen somit nicht zur Verfügung. Die Stromkonzerne selbst haben bewiesen, dass wir auf die sieben ältesten AKWs ohne weiteres verzichten können, indem sie zeitgleich mehrere AKWs vom Netz genommen haben und Strom ins Ausland verkauft wird. Wir hatten trotzdem Stromüberangebot statt Mangel. Das heißt, sie haben bewiesen, dass es funktionieren kann.

Für uns ist klar, wenn Sie jetzt das Rad bremsen oder versuchen, es zurückzudrehen, erreichen Sie nur eines: Die großen Versorger erzielen weitere Milliardengewinne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherlich sagen Sie jetzt: Sie möchten sie umschichten für erneuerbare Energien. Bis jetzt gibt es dazu von Ihnen aber kein Konzept, und die Betreiber der erneuerbaren Energien, vorweg der Bundesverband, sagen selbst, dass sie dieses Geld nicht möchten. Sie möchten lieber einen Fahrplan ins Zeitalter der erneuerbaren Energien und keine Kernkraftwerke, die faktisch die Monopolstellung der großen Versorger festbetonieren. Damit kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich gibt es nur drei Argumente für die Verlängerung der Laufzeit: Das ist Geld, Geld und wieder Geld. Es ist nichts anderes.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bravo! - Zuruf von der CSU)

Was mich ebenfalls erstaunt, ist die Brücke ins Solarzeitalter. Seit drei Jahren wird dieses Thema wie kein anderes durch die Medien getreten. Man kann darüber streiten, wie wir die Brücke definieren. Aber, Herr Minister Söder, ist der Atomausstieg nicht schon die Brücke, von der Sie sprechen? Es ist ein Fahrplan bis zum Jahre 2025, wie die AKWs nach und nach vom Netz gehen. Wenn Sie diese Brücke weiter ausbauen wollen, kann man nur sagen: Es ist höchste Zeit, dass Sie Ihre alternde strahlende Brücke zurückbauen und nicht weiter ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist deutlich - das zeigen uns die Zahlen im Bereich der erneuerbaren Energien -, wie stark sie wachsen. Wir haben auch mitbekommen, dass diese Branche

trotz Wirtschaftskrise ihr Wachstum beibehalten kann. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir müssen am Atomausstieg festhalten bzw. wir müssen ihn sogar noch beschleunigen. Die sieben ältesten AKWs müssen umgehend vom Netz genommen werden, weil dann der Anreiz hoch ist. Den nächsten Schritt werden wir spielend leicht in den nächsten Jahren erreichen, um noch weitere AKWs vom Netz zu nehmen.

Ich appelliere an Sie in der Koalition auch im Interesse der Wirtschaftsunternehmen, die immer wieder Planungssicherheit fordern: Halten Sie diese Planungssicherheit ein, die seit fast zehn Jahren im Gesetz steht.

Was denken Sie sich eigentlich? Sie weichen jetzt den Konsens auf und verlängern die Laufzeiten - wenn es nach der FDP geht, vielleicht bis zu 15 Jahren -, dann gibt es einen Regierungswechsel und alles wird wieder geändert. Tun wir damit unserer Energieversorgung etwas Gutes, wenn wir ständig hin- und herspringen? Erhalten wir die beschlossene Planungssicherheit und bleiben wir beim Ausstieg. Es gibt keinen anderen Weg. - Danke.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Reiß das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hartmann, Bayern braucht in Sachen erneuerbare Energien nicht umzusteuern, im Gegenteil: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist und bleibt ein Schwerpunkt bayerischer Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Richtig!)

Bayern nimmt beim Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix bundesweit eine Spitzenstellung ein. Unser Ziel ist es, diese Spitzenstellung weiter auszubauen. In einem flexiblen Energiemix sollen dazu die herkömmlichen Energieträger kontinuierlich durch alternative Energie ersetzt werden. Vorrangiges Ziel ist dabei, für die Menschen und Betriebe in unserem Land eine Energieversorgung bereitzustellen, die gleichermaßen sicher, bezahlbar und umweltverträglich ist.

Wir wollen und werden den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in den nächsten zehn Jahren auf 30 % steigern. Heute beträgt dieser Anteil beim Strom aus erneuerbarer Energie schon mehr als 15 %. Vom heute erzeugten erneuerbarem Strom ist aber nur die Biomasse mit rund 5 % speicherbar und kann kontinuierlich Strom erzeugen.

Mit einem Anteil von rund 9 % stellen Wind und Sonne ihre Energie bereit. Doch der Durchschnitt sagt nicht viel aus. An circa 100 windstillen Tagen im Jahr produzieren die Windräder nahezu null. Die 25.000 Megawatt installierte Windenergieleistung in Deutschland wird nur an 20 Tagen des Jahres erreicht. Die restliche Zeit des Jahres verteilt sich die erzeugte Menge zwischen diesen Extremen. Das führt unter anderem zu den extremen Preisschwankungen an den Strombörsen. Herr Kollege Hartmann hat es angesprochen.

Mehrfach wurde im letzten Jahr bei Starkwind mehr Strom ins Netz eingespeist, als benötigt wurde. An der Strombörse musste der Stromüberschuss verschenkt werden, teilweise mussten bis zu 50 Cent pro Kilowattstunde draufgelegt werden, damit andere Marktteilnehmer, insbesondere Holland und Polen, diesen Strom übernehmen. Das ist Strom, für den rund 9 Cent bei Wind und 43 Cent bei Sonne von den deutschen Stromkunden bezahlt werden. Das ist auch Strom, der in einer anschließenden Flaute nicht zur Verfügung steht und dann von grundlastfähigen Kraftwerken sichergestellt werden muss.

Ich halte es daher für verfehlt, ständig einen Gegensatz zwischen regenerativen Energien und der Kernenergie zu konstruieren. Durch ihre hohe Einsatzflexibilität und ihre CO₂-freie Stromerzeugung stellen Kernkraftwerke so lange einen idealen Partner erneuerbarer Energieträger dar, bis eine effiziente Stromspeicherung zur Verfügung steht. Wer heute den Ausbau erneuerbarer Energien will, muss bis zur Entwicklung geeigneter Speichertechnologie die Kernkraft als Brücke nehmen. Richtig ist, dass der Vorgang der Einspeisung der Windkraft und der Photovoltaik einen Kraftwerkspark erfordert, der hierauf flexibel reagieren kann.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder behauptet - Sie, Herr Kollege Hartmann, haben es erneut getan -, Kernkraftwerke seien unflexibel, praktisch nicht regelbar und nicht in der Lage, schnell auf wechselnde Bedingungen im Stromnetz zu reagieren. Es wird behauptet, sie verstopften die Netze und stünden deshalb dem Ausbau erneuerbarer Energien entgegen.

Diese Aussagen sind falsch. Technisch kann jedes Kernkraftwerk in seiner Leistung geregelt werden. Kernkraftwerke können mit einer Leistungsänderung von 5 % in der Minute bis auf 45 % ihrer Leistung zurückgefahren und ebenso schnell wieder hochgefahren werden. Sie können sich damit dem Vorrang der erneuerbaren Energien und den Nachfrageschwankungen anpassen. Schon heute können die Kernkraftwerke in Deutschland mit ihrer schnellen Lastwechselmöglichkeit zur Ausregelung der sehr häufig stark schwankenden Windenergie beitragen. An über 100 Tagen im Jahr regeln einzelne Kernkraftwerke ihre Leistung auf

bis zu 50 % ab, um der Windenergie den ihr gebührenden Vorrang zu lassen.

Ich frage mich, warum hier ständig das Gegenteil behauptet und die Öffentlichkeit in die Irre geführt wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Eben!)

Durch diese Einsatzflexibilität stellen Kernkraftwerke einen idealen Partner für erneuerbare Energieträger dar, deren Verfügbarkeit nicht vorhersehbar ist.

Eines ist auch klar: Mit stetiger Annäherung an das 30-Prozent-Ziel für erneuerbare Energien wird es immer häufiger zu Überproduktionen und bei anschließender Flaute zu extremer Knappheit kommen. Wenn 40.000 Megawatt Windenergie und vielleicht noch einmal 40.000 Megawatt Photovoltaik installiert sind, der Bedarf aber beispielsweise am Wochenende nur 35.000 Megawatt beträgt, ist der Handlungsauftrag klar: Wir brauchen eine Großoffensive zur Entwicklung von Speichertechnologien.

Die Stromspeicherung ist die Achillesferse für eine effektive und grundlastfähige Versorgung mit erneuerbarer Energie. Pumpspeicherkraftwerke sind in Deutschland kaum noch durchsetzbar. Die Genehmigungszeiten betragen oftmals mehr als zehn Jahre. Da bleibt kurzfristig nur die Ankoppelung an Pumpspeicherwerke und Wasserkraftwerke im Ausland, die forcierte Entwicklung der Elektromobilität, um die erzeugte Energie bei hoher Windlast in Batterien zwischenzuspeichern.

Ein weiterer Schlüssel für die Versorgung der Zukunft ist das Stromnetz. Ohne Netzausbau und ohne einen effizienten Netzbetrieb ist das Ziel einer dezentralen und von vielen Anlagebetreibern getragenen Energieversorgung nicht machbar. Die stark schwankende und räumlich verstreute Einspeisung von erneuerbaren Energien macht den Ausbau der Netze erforderlich, um die Netzstabilität weiter zu gewährleisten.

Die notwendigen Investitionen in den weiteren Ausbau der Netze, die Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen und Speichertechnologie werden Milliarden kosten. Die entsprechenden Investitionen sind mit der Laufzeitverlängerung leichter finanzierbar. Denn eines ist klar: Ein erheblicher Anteil der Zusatzgewinne durch eine Laufzeitverlängerung muss dem Gemeinwohl zugute kommen. Die Betreiber müssen einen spürbaren Teil der Rendite aus der Laufzeitverlängerung für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stellen.

(Hubert Aiwanger (FW): Ist das gewährleistet?)

- Es wird verhandelt und soll so vereinbart werden.

Eines ist klar: Die Betreiber müssen einen spürbaren Teil der Rendite für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stellen. Wenn die Milliarden in die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien investiert werden,

(Hubert Aiwanger (FW): Das werden wir nicht sehen!)

bedeutet das mittelfristig weniger Kohle und weniger Kernkraft, aber mehr regenerative Energie.

Erneuerbare Energie und Kernenergie sind die beiden Eckpfeiler einer Brücke, die uns in den nächsten Jahren sicher über ein energiepolitisch schwieriges Gelände führt. Ohne diese beiden Pfeiler werden wir noch abhängiger von Importen, verfehlen die Klimaziele und gefährden die Versorgungssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit Blick auf die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise ist es unabdingbar, dass Bayern seinen Strombedarf aus eigenen Quellen deckt. Das wird aber in den nächsten Jahren ohne die Kernenergie nicht möglich sein. Derzeit decken die fünf bayerischen Kernkraftwerke den Strombedarf zu 60 %. Nach den im geltenden Atomgesetz festgelegten Reststrommengen sind diese Kraftwerke innerhalb der nächsten zehn Jahre vom Netz zu nehmen. Es ist völlig unrealistisch, den wegfallenden Kernenergiestrom in nur zehn Jahren, wenn ohne Laufzeitverlängerung das letzte bayerische Kraftwerk im Jahr 2020 vom Netz muss, anderweitig abzudecken, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Wir alle wollen hin zu einer Versorgung mit alternativen Energien. Bis dies in ausreichendem Umfang möglich ist, muss die Zeit ideologiefrei überbrückt werden. Dafür wird eben auch die Kernkraft als Übergangstechnologie benötigt mit der Zielsetzung, dass sie irgendwann ganz verzichtbar ist. Dafür müssen wir auch die Energieeffizienz weiter vorantreiben. Enorme Möglichkeiten, Energie einzusparen, bestehen hier in der Wärmeversorgung von Gebäuden.

Die energetische Sanierung hat enormes Potenzial, erneuerbare Energie wirtschaftlich und effizient einzusetzen und muss in den Energiekonzepten der Zukunft eine größere Rolle spielen. Wir müssen in Deutschland auf einen breiten Energiemix setzen, der die Vorteile der verschiedenen Energieträger nutzt und intelligent miteinander verbindet. Dies bedeutet, dass Fragen der Netzintegration, einer bedarfsorientierten Einspeisung, einer intelligenten Steuerung und Vernetzung sowie von Speichermöglichkeiten stärker in den Vordergrund rücken müssen.

Wir brauchen ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das die Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit gleichrangig verfolgt.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Und wir sollten den Mut zu einem sachlichen Energie-dialog finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Wörner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Atomminister - ach, der ist ja gar nicht da, dieses Thema interessiert ihn anscheinend gar nicht, den Herrn "Lebensminister", wie er sich, glaube ich, nennt - -

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Wo ist er denn überhaupt?

(Zurufe von der CSU)

- Das halte ich für ein Gerücht.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass dieses Thema viel zu ernst ist, um darüber Witzchen zu reißen. Ihr Problem damit kann ich verstehen. Sie haben jetzt wieder einmal versucht, viel Dampf zu machen. Ich sage Ihnen, zehn Jahre Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken in Bayern bedeuten rund 1.600 kg Atommüll. Wo wollen Sie damit hin? Vielleicht nach Tschechien? Darum gibt es doch dort die Bewegung in Richtung Niederbayern und in die Grenzgebiete. Setzen Sie vielleicht darauf, dass die Tschechen das dort verbuddeln und dass Sie dort diesen Dreck loskriegen? Oder wo wollen Sie mit diesem radioaktiven Müll hin? Das müssen Sie der bayerischen Bevölkerung erklären, nicht uns!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das nicht, meine Damen und Herren.

Sie sagen "Zukunft". Sie wollen Zukunft planen. Mit Ihrer Atompolitik sind Sie rückwärts gerichtet wie nie. Sie sind die Atomfossile in diesem Land. Sie sind nicht zukunftsgerichtet, sondern Sie stoppen mit Ihrer Atompolitik den Ausbau der regenerativen Energien,

(Beifall bei der SPD)

wobei man wieder sagen kann: Na ja, ein bisschen geht es ja noch.

Wissen Sie eigentlich, dass das, was da gerade verhandelt wird, rechtlich äußerst umstritten ist? Wie wollen Sie denn bei Laufzeitverlängerungen den Energieerzeugern das Geld wegnehmen und wem wollen Sie das geben? Das können Sie rechtlich überhaupt nicht klären. Das geht nur über freiwillige Verpflichtungen, und die Freiwilligkeit in Bayern kennt man. Die einzige Freiwilligkeit, die funktioniert, sind offensichtlich die Parteispenden.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Da scheint es noch zu funktionieren, meine Damen und Herren, aber sonst nicht.

Ich sage Ihnen: Wir können mit dieser Freiwilligkeit nicht leben, und sie verbaut die Zukunft. Wenn der Kollege eben von Pumpspeicherkraftwerken gesprochen hat, empfehle ich ihm, einmal mit Eon in einen Dialog zu treten über die Frage, ob man zum Beispiel das Kraftwerk am Kochelsee zu einem Pumpspeicherkraftwerk umbauen kann. Dann hätten wir noch Potenziale in Bayern.

Wenn Sie damit prahlen, Bayern habe die meisten regenerativen Energien, dann darf ich Ihnen sagen: Ja, das ist so. Das ist aber deshalb so, weil unsere Altvororden etwas intelligenter waren als wir und die Wasserkraft ausgebaut haben. Sie sind heute nicht einmal in der Lage, das Potenzial Wasserkraft über technische Ertüchtigung der Turbinen auszuschöpfen, was nach Auskunft der Wissenschaftler in der Enquete-Kommission bis zu 20 % wären. Dort wären die Potenziale. Da muss man sich gar nicht anstrengen, das kann man machen, ohne dass man einen Liter Wasser mehr braucht. Das ist alles im Bereich des Möglichen. Wir meinen, dort muss man ansetzen, um sicherzustellen, dass die Kernkraft endgültig aus der politischen Landschaft verschwindet. Sie verschmutzt sie nämlich.

Ich sage Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren, und das müsste auch Ihnen, Herr Ministerpräsident, zu denken geben: Letztlich sind Sie verantwortlich für dieses Land. Wir reden immer von Restrisiko. "Restrisiko" bedeutet: In Landshut ist im Umkreis von 15 Kilometern alles tot. Wenn das Ihr Restrisiko sein soll, wenn Sie das tragen können, dann machen Sie so weiter. Wenn Sie das nicht wollen, dann gehen Sie mit uns den Weg des Ausstiegs, wie er beschrieben worden ist.

In dem Zusammenhang darf ich Ihnen übrigens noch etwas sagen. Die Zuverlässigkeit der Politik wird von der Bevölkerung immer mehr bezweifelt; sie traut uns nicht mehr. Man hat einen Atomkonsens gefunden, und den verlassen Sie jetzt. Ist das zuverlässige Politik?

Man kann "raus aus die Kartoffeln, rein in die Kartoffeln" sagen, aber mit Zuverlässigkeit, meine Damen und Herren, hat das nichts zu tun,

(Beifall bei den GRÜNEN)

ebenso wenig wie mit dem Schutz des Landes. Wir müssen raus, um den zukünftigen Energien, nämlich den regenerativen, den Weg zu bereiten und nicht zu erschweren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich jetzt dem Kollegen Glauber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FW): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident! Unser Lebensminister Söder hat Bayern in eine verflixt schlechte Situation gebracht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Er hat in Kreuth - eigentlich sollten aus Kreuth Visionen resultieren - groß verkündet, er wolle eine zehnjährige Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Damit hat er eine große Chance für Bayern vertan. Als Nächstes werden wir lesen können, Sie fordern eine Sanierung für alte Meiler. Der RWE-Vorstandsvorsitzende Großmann hat bei einem Interview im Fernsehen groß getönt: Ja, wir können die Gewinne schon teilen; wir werden 50 % abgeben. Aber in unseren 50 %, so Großmann, sind die Mehrwertsteuer und der Unternehmensgewinn enthalten. - Dann möchte ich wissen, was für uns, für den Freistaat übrig bleiben soll.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wenn ich mir die Tür mit der Ankündigung einer vorzeitigen Verlängerung zumache, dann frage ich mich schon, was das für eine nachhaltige Politik sein soll.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Liebe Kolleginnen, wir diskutieren über die Endlagerung. Wenn heute ein Häuslebauer einen Bauantrag stellt, dann bekommt er keine Baugenehmigung, wenn er sein Abwasser nicht entsorgen kann. Was machen wir? - Wir haben die Endlagerung nicht geklärt, aber wir verlängern einfach mal schön die Laufzeit.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf von der CSU: Nichts Neues!)

Wir wollen die Endlagerung natürlich nicht in Bayern haben. Dann gebe ich dem Ministerpräsidenten die Empfehlung, wir könnten doch ein bisschen von dem strahlenden Material in die Staatskanzlei geben, dann

geht vielleicht von da eine gewisse strahlende Wirkung aus.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rückbau wird sozialisiert. Das darf nicht sein. Söder hätte so vorgehen müssen: Wenn im Jahr 2011 Isar 1 vom Netz genommen würde, hätten wir Isar 1 zurückgebaut, hätten wir die Kosten in ein Buch geschrieben, dann hätten wir gewusst, wie viel uns der Rückbau kosten würde, und hätten das dem Unternehmen abgenommen. Dann wüssten wir, wie viel die Endlagerung und der Rückbau kosten und nicht umgekehrt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich den Bundesrat an. Bereits heute hat man beschlossen, dass die Sanierung von Asse vom Bund bezahlt wird. Die Sanierung von Asse wird sozialisiert: 1,5 Milliarden Euro für unsere Gesellschaft.

Wir haben folgende Regelung: In der Europäischen Union gab es bis vor Kurzem die Regelung der Gurkenkrümmung. Diese hat man aufgehoben, doch zuvor hat man die Gurkenkrümmung in der EU geregelt. Die Energiepolitik aber regeln wir im Ländervergleich. Das ist nicht möglich. Wir brauchen europaweite Energiestandards! Heute haben wir in Deutschland 27 Terawatt-Stunden Exportstrom - das entspricht drei Atomkraftwerken, die sofort vom Netz könnten. Wir haben negative Stromerzeugung. Kollege Reiß hat es wunderbar beschrieben: Wir brauchen einen Ausbau der Stromnetze. Wir haben durch das EEG 250 Energieversorger in Bayern; England hat 25. Wir sind auf dem besten Wege, unsere Stromnetze fit zu machen. Wir brauchen diese starken Stromnetze; denn wir müssen Energie speichern: in Druckluftspeichern, in Batterien und in Stromspeichern. Das wäre Zukunftspolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir von den Freien Wählern setzen ganz klar auf dezentrale Stromerzeugung. Wir sind für unsere kommunalen Energieversorger der Anwalt. Wir brauchen starke Stadtwerke. Wir brauchen keine Politik für Grossisten, wir brauchen keine Politik für die Atom-Lobby. Es wäre wichtiger gewesen, eine Planungssicherheit für erneuerbare Energien, eine Sicherstellung des Rückbaus zu schaffen und den nicht zu sozialisieren.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollege

gen Thalhammer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Hartmann, Sie haben nach Argumenten gefragt, die für einen Beibehalt der Atomenergie sprechen.

(Zuruf von der SPD: Hat er doch schon gefunden!)

Sie haben in einer unsachlichen Art und Weise angeführt: Geld, Geld, Geld. - Die drei Sachargumente aber sind: Vernunft, Vernunft, Vernunft, und zwar namentlich: Unabhängigkeit, CO₂-Freiheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieses Thema behandeln wir immer wieder aufs Neue. Ich hätte deshalb Lust, auf meine Reden vom 26. November und vom 22. Oktober letzten Jahres zu verweisen.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

- Liebe Grüne, fällt Ihnen echt nichts anderes ein? Dass Sie eine Single-issue-Partei sind, war mir schon immer klar.

(Ulrike Gote (GRÜNE): 15 %!)

Aber Sie sind auf dem Weg, eine Single-theme-Partei zu werden. Wir haben noch andere Probleme, die wir auch angehen sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Liebe Frau Kollegin Gote, danke für die Steilvorlage für meine Überleitung; denn ich möchte heute nicht alles das wiederholen, was ich immer wieder sagen muss, sondern ich möchte auf ihre Argumente eingehen und jedes Argument einzeln widerlegen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Weil Ihnen nichts Neues einfällt!)

Ich gratuliere Ihnen zu Ihren 15 %. Ich mag dazu aber anmerken, dass es keinesfalls so ist, wie Kollege Hartmann mal wieder in einer unsachlichen Weise behauptet hat, wir stünden hier ganz alleine da. Ich gratuliere Ihnen zur aktuellen Stimmung, aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir, obwohl das Thema Atomausstieg im letzten Wahlkampf eines Ihrer führenden Themen war, sowohl in Bayern als auch in Berlin eine schwarzgelbe Regierung haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es steht auch völlig außer Frage, dass wir zu den erneuerbaren Energien stehen. Das haben wir immer wieder gesagt und bei uns durch Parteitagsbeschlüsse festgeschrieben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Lieber Kollege Hartmann, dass Sie keinen Förderantrag für Kernenergie oder für Braunkohle stellen, verstehe ich.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das machen ja alles Sie!)

Wir bringen unzählige Argumente und unzählige Anträge für den Bereich der erneuerbaren Energien ein, um Bürokratie abzuschaffen wie in Bezug auf die Biomasse. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir uns dafür eingesetzt haben, dass bei Neubauten für die Wärmeversorgung auch Biogas-Anlagen angerechnet werden dürfen, aber Sie haben dagegen gestimmt. Also bitte seien Sie auch konsequent, wenn Sie von Förderung der erneuerbaren Energien sprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ehrlich gesagt, es geht Ihnen doch darum: Sie wollen weder die konventionellen Energien, noch nicht einmal alle erneuerbaren Energien. Sagen Sie doch einmal ganz ehrlich, worum es Ihnen in Wahrheit geht: Sie wollen eine Deindustrialisierung in unserem Land. Um das geht es Ihnen und um nichts anderes.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Immer wieder führen Sie das Argument - Stichwort Leipziger Strombörse - an, die Netze seien voll. Lieber Kollege Hartmann, ich habe nichts dazu gesagt, weil es einfach an den Haaren herbeigezogen ist. Wenn Sie sagen, die Netze seien immer voll, so möchte ich schon darauf hinweisen, dass wir in Bezug auf Photovoltaik und Windenergie, unabhängig davon, ob die Netze voll sind oder nicht, eine Abnahmeverpflichtung haben. Das müssen Sie fairerweise dazu sagen, wenn Sie immer wieder über übervolle Netze sprechen.

Sie haben ein Beispiel gesucht, bei dem einem kommunalen Energieversorgungsunternehmen die Atomkraft irgendwie nützt. Ich kann Ihnen ein besseres Beispiel nennen: Schauen Sie nach München, schauen Sie sich die Stadtwerke an. Ich sage nur: Rot-Grün und die Stadtwerke von München könnten ohne die Atomenergie nicht leben. Auch das muss gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der SPD: Das ist Blödsinn!)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir können das Thema nächstes Mal gerne wieder besprechen, aber dadurch werden Ihre Argumente nicht besser. Ich meine, dass auch den Bürgerinnen und Bürgern mittlerweile klar ist, wer für eine vernünftige und verantwortungsvolle Energiepolitik in unserem Land steht und wer sich nur an Träumen festklammert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. - Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollege Blume das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Es ist immer wieder erstaunlich, wie Kollege Thalhammer die Opposition in Wallung bringt.

(Georg Schmid (CSU): Guter Mann!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn ich Sie, Herr Hartmann, und Sie, Herr Wörner, in diesem Hohen Hause zum Thema Energiepolitik höre, dann fühle ich mich immer wieder an den Film erinnert: "Und täglich grüßt das Murmeltier";

(Hubert Aiwanger (FW): Schlimm genug!)

denn man hört in der energiepolitischen Debatte nichts Neues. Es kreist immer wieder um dasselbe: um die Frage der Atomenergie. Aber es gibt nichts, was zukunftsgerichtet wäre, insbesondere nichts, was uns helfen würde, die energiepolitische Wende tatsächlich herbeizuführen und Klimaschutz effizient zu betreiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christine Stahl (GRÜNE): Also, wenn Sie das nicht wissen!)

Ich meine, dass wir am Donnerstag vor Weihnachten hier im Haus eine sehr gute Klimaschutz-Debatte geführt haben. Diesen Stil sollten wir fortsetzen. Ich möchte das mit drei Punkten tun. Ich möchte für drei Punkte werben:

Lassen Sie uns erstens darüber reden, wie ein intelligenter Atomenergieausstieg aussehen kann. "Intelligent" bedeutet an dieser Stelle nicht, alles abzuschalten, sondern "intelligent" heißt: Lassen Sie uns über die Bedingungen reden;

(Christine Stahl (GRÜNE): Meinen Sie, das haben wir nicht gemacht?)

denn das Ganze hat natürlich eine volkswirtschaftliche Dimension, und das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen. Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg verursacht

volkswirtschaftliche Kosten und vernichtet Vermögen in Höhe einer zweistelligen Milliardensumme. Das können Sie nicht wollen, weil hier Vermögen des Volkes, insbesondere des bayerischen Volkes, vernichtet wird.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wessen Vermögen vernichtet Ihr?)

- Frau Kollegin, da hilft auch Schreien nicht, wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, weil Sie es nicht verstehen!)

"Intelligent" heißt am Ende aber auch: Wie kann man einen Teil der Erlöse aus einer Laufzeitverlängerung abschöpfen und dann das Ganze dazu verwenden, tatsächlich einen guten Beitrag zur Stützung der erneuerbaren Energien zu leisten? Wie Herr Kollege Thalhammer möchte auch ich an der Stelle nochmals das Beispiel der Stadtwerke München bemühen.

Herr Wörner, es täte Ihnen vielleicht gut, wenn Sie zum Beispiel einmal mit dem Chef der Stadtwerke, Herrn Dr. Bieberbach, sprechen würden; denn er würde Ihnen sagen, ohne Isar 2 wären die Stadtwerke überhaupt nicht in der Lage, das einzuhalten, was Sie versprechen, nämlich bis zum Jahr 2015 alle Privathaushalte und bis zum Jahr 2025 alle Haushalte in München mit Ökostrom zu versorgen. Das funktioniert nur, weil hier die Erlöse aus Isar 2 fließen. Das müssen Sie doch mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Herr Bieberbach ist nicht der Stadtwerke-Chef!)

Zweitens möchte ich dafür werben, dass wir in der Energiepolitik nicht immer den Atomausstieg zum Ausgangspunkt nehmen, sondern auch darüber reden, wie wir CO₂ vermeiden können. Da müssen Sie sehen, dass beispielsweise allein eine Laufzeitverlängerung von zehn Jahren die CO₂-Emissionen um rund 1,5 Milliarden Tonnen vermindert. Das ist doch eine Hausnummer, die man auch zur Kenntnis nehmen muss. Das ist ein effizienter Beitrag zum Klimaschutz.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Herr Hartmann, Sie haben vorher gesagt - ich habe Sie zumindest so verstanden -, die CSU würde auf dem Schoß der großen Energieversorger sitzen. - Ich weiß nicht, auf wessen Schoß Sie sitzen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die Leute von Greenpeace, die ich in einer gewissen Nähe zu Ihnen einordnen würde, immer häufiger sagen, der Atomausstieg sei im Grunde unter CO₂-Aspekten falsch. Ich darf dazu einen der Mitbe-

gründer von Greenpeace zitieren, der gesagt hat - es war Herr Patrick Moore -, Deutschland werde sein CO₂-Ziel nur erreichen, wenn es die Atomkraftwerke länger laufen lasse und weitere baue.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Greenpeace-Mitbegründer Moore sagte weiter: "Sie importieren doch bereits für mehr als 2 Milliarden Euro Atomstrom aus Frankreich. Es wäre eine schändliche Entscheidung von Rot-Grün, alle Forschungen zu stoppen."

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das wurde 2008 schon gesagt und hat auch heute noch Richtigkeit.

Zum Letzten: Ich will auch noch dafür werben, dass wir nicht nur über die Erzeugerseite reden, sondern uns als Gesetzgeber überlegen, wie wir die Rahmenbedingungen so gestalten können, dass wir die Energiewende mit Innovation schaffen und zwar nicht nur auf der Energieerzeugungsseite, und wie wir in erster Linie Energie sparen können; denn da liegen die größten Potenziale: im Bereich der Energieeffizienz bei Gebäuden, bei der Beleuchtung, bei Haushaltsgeräten.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir doch!)

Diese Potenziale müssen wir heben. Ich lade Sie ein, hier gemeinsam entsprechende Leitplanken zu setzen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Darüber reden wir seit 20 Jahren hier im Haus!)

Wir müssen die Energie intelligent verteilen. Wir müssen über die Möglichkeiten der Smart Grids reden. Und am Ende müssen wir Energie natürlich auch CO₂-frei erzeugen. Dazu würde ich mir einen Beitrag von Ihnen wünschen, Herr Wörner. Ich möchte Sie auch dazu auffordern, die Widersprüche aufzulösen, die bei Ihnen immer wieder auftauchen, wenn Sie über Wasserkraft reden --. Das ist doch absurd. Sie stellen sich hier hin und sagen, wir würden die Potenziale nicht ausschöpfen, die wir haben. Im Umweltausschuss sagen Sie dann, das sei eine gefährliche Entwicklung, das sei beim Ausbau schwierig, das könnten und wollten wir nicht. Liebe Kollegen, da brauchen wir eine klare Linie.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ludwig Wörner (SPD): Das stimmt überhaupt nicht. Habe ich das schon mal gesagt? Wir haben die klare Linie, nur Sie haben sie nicht!)

Lassen Sie uns gemeinsam an der Energiewende arbeiten. Die Menschen wollen, dass wir eine gute, zu-

kunftsgerichtete Politik machen. Aber hören Sie auf, Ideologie als Zukunftskonzept zu verkaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ludwig Wörner (SPD): Wer hat denn den Weichmacher eingebaut?)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt der Frau Kollegin Kohnen das Wort erteilen.

Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, dass es der Umweltminister nicht für nötig befundet, bei dieser Diskussion --. Da sitzt er ja.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Umweltminister, es ist wunderbar, dass Sie da sind. Sie gehen hinter Ihrem Ministerpräsidenten fast ein wenig unter.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Ministerpräsident, Herr Umweltminister, in der CSU-geführten Staatsregierung lautet der neueste Begriff: "Zukunft". Herr Schmid, wie sieht die Zukunft aus? Seit gestern wollen Sie einen Zukunftsdialog führen. Das ist ein prima Vorschlag, den wir gerne annehmen. Wir reden über Bayern, und reden wir über Deutschland. Reden wir über die Zukunft dieses Planeten!

Herr Umweltminister, Sie selbst haben gesagt, dass die Energiepolitik das wichtigste Thema überhaupt sei. Es sei wichtiger als die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Das sagt hier der Umweltminister. Das ist sicherlich einer der Gründe, warum Sie nach Kopenhagen gefahren sind, warum Sie dort der sogenannten *climate group* beigetreten sind. Es ist wichtig, dass die Regionen in der Umweltpolitik eine Rolle spielen; da gebe ich Ihnen recht. Aber da muss ich sagen: Herzlich Willkommen beim Zukunftsdialog der CSU! Denn zeitgleich zu Kopenhagen macht Ihre Partei die Donauregion platt. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines, Herr Umweltminister: Es wird Zeit, dass Sie das grüne Mäntelchen ausziehen, dass Sie sich zu einer wirklichen Umwelt- und Energiepolitik bekennen; denn wie sieht die Zukunft Bayerns aus? Wir verfügen über 20 % mehr Sonnenstunden als im Bundesdurchschnitt. Wir verfügen über riesige Vorräte an Tiefenwärme unter einem großen Teil des Landes. Wir könnten in Bayern 1.500 Windkraftanlagen aufstellen.

(Klaus Stöttner (CSU): Ja, toll! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Lernen Sie doch mal das Zuhören. - Es sind unsere Städte und Gemeinden, die eigene Konzepte entwickeln wollen und entwickeln. Einige haben es schon geschafft. Die Stadt München hat für den Atomausstieg sehr klare Konzepte vorliegen, die sind konform und funktionieren.

(Beifall bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Der Herr Söder passt schon wieder nicht auf!)

Herr Söder, jetzt frage ich Sie - zuhören! -: Wie könnte denn die Zukunft aussehen? Wie sieht es denn heute aus? 20 % Sonnenstunden hätten wir. Aber wir haben nur 5 % geeignete Dächer, die für Solaranlagen tatsächlich ausgerüstet sind. Das ist alles, was wir haben. Die Anzahl der Windkraftanlagen von 400 stagniert nach wie vor. Wir könnten aber 1.500 Anlagen haben.

Was die Unterstützung betrifft, die Sie sowohl finanziell als auch organisatorisch den Kommunen zur Verfügung stellen, kann ich nur sagen: mangelhaft, nicht umsetzbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen noch eines: Sie mögen jetzt als CSU vielleicht immer wieder sagen, wir wollen das vielleicht nicht. Aber in Berlin sagt der Bundesumweltminister Ihrer Schwesterpartei: Wir reduzieren gleich mal die Solarförderung um 15 Prozentpunkte. Ist das Ihr Verständnis von Zukunftspolitik? Denn genau hier liegen die Wirtschaftsmöglichkeiten, da die Politik den Weg in die Technologie, in die erneuerbaren Energien geht, denn dort ist Wirtschaftskraft. Ihr Zukunftsdialog ist spätestens dann eine Phrase, wenn die Menschen nicht mehr wissen, wo sie eigentlich lang gehen. Wo geht es eigentlich lang? Sie haben auf den Atomkonsens aus dem Jahr 2000 vertraut. Sie waren sich sicher, dass der gesellschaftspolitische Frieden durch den Atomausstieg hergestellt ist. Man hat sich darauf verlassen. Aber Sie bringen die Menschen in eine komplette Verunsicherung.

Lieber Herr Söder, zum Abschluss gebe ich Ihnen als Sozialdemokratin nur noch den Satz auf den Weg: Bayern zur Sonne! Nehmen Sie es sich zu Herzen. Was Sie im Parlament nicht schaffen, werden wir in der Gesellschaft bewegen. Wir werden Ihre Brücke zur Atomenergie sprengen. Wir gehen den Weg in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen König für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir würden uns alle einen großen Gefallen tun und unserer Verantwortung besser gerecht werden, wenn wir das Thema Stromversorgung - und wenn wir von Kernkraft reden, reden wir von Stromversorgung - mit mehr Sachlichkeit behandeln würden, weniger die Ideologie, sondern die Realität und die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen und unserer Gesellschaft in den Vordergrund rücken würden.

(Beifall bei der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Wer ist denn der Ideologe?)

- Herr Wörner, das trifft auf Sie in besonderer Weise zu. Das will ich hier aber nicht weiter ausführen, weil wir uns sonst auf einer Linie bewegen würden, die ich nicht für angemessen halte.

Eines ist doch wohl richtig - und darin sind wir uns alle einig -, dass wir alle weiterhin Strom brauchen werden. Darin werden Sie mit mir übereinstimmen. Sie werden mit mir auch darin übereinstimmen - daher gibt es einen großen Konsens aller Parteien -, dass wir selbstverständlich den Anteil der regenerativen Energien insgesamt weiter ausbauen müssen. Sie können auch nicht wegdiskutieren, dass Bayern bisher dabei eine führende Rolle einnimmt und dass wir auf dem besten Weg sind, unser vorhandenes Potenzial weiter auszubauen. Unsere Wege trennen sich aber leider an der Stelle, wo es um die Frage geht, ob wir quasi übermorgen schon ohne Kernkraftwerke auskommen, ja oder nein. Hier sind wir wie alle, die sich sachlich mit dieser Frage auseinandersetzen, der Meinung, dass wir leider - ich betone: leider - in absehbarer Zeit nicht ohne Kernkraft auskommen werden. Ich betone das Wort "leider" deshalb, weil natürlich - insofern haben Sie auch etwas Richtiges gesagt, Kollege Wörner - das Problem der Endlagerung des Atommülls besteht, und zwar nicht erst seit gestern, nicht erst, seit wir an der Regierung sind, auch nicht erst, seit es diese Koalitionsregierung hier und die andere in Berlin gibt, sondern es besteht schon seit Jahrzehnten, auch zu Zeiten, als die SPD in der Verantwortung war. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung für uns alle, nicht nur den neu produzierten Atommüll sicher endzulagern, sondern auch den aus der Vergangenheit, der zum Teil noch nicht endgelagert ist.

Das ist auf der einen Seite eine große Herausforderung, und deswegen habe ich "leider" gesagt. Auf der anderen Seite sage ich ganz deutlich - das haben meine Vorredner bereits im Einzelnen ausgeführt, namentlich

Kollege Reiß -, dass wir in absehbarer Zeit ohne Atomstrom gar nicht auskommen können, weil die anderen verfügbaren Energieträger und vor allem die Leitungs- und Speichertechnik völlig unzureichend sind, um das weiterhin zu garantieren, was wir als Selbstverständlichkeit ansehen, nämlich dass man aufs Knöpfchen drückt und der Strom da ist. Deshalb kommen wir gar nicht umhin, auch weiterhin auf Atomenergie und Kernkraftwerke zu setzen. Schon deshalb ist es nicht nur sinnvoll, sondern geradezu unerlässlich, dass auch die Laufzeiten für vorhandene Kernkraftwerke verlängert werden, um diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Eine noch größere Herausforderung ist es, Kolleginnen und Kollegen, endlich einen Konsens darüber zu finden, wo es fehlt; auch das wurde im Einzelnen vom Kollegen Reiß angesprochen. Es fehlt an der Technologie und vor allem am Ausbau, an der Masse, an den Speichertechnologien. Es fehlt am Netzausbau, auch am grenzüberschreitenden Netzausbau, am Ausbau über das deutsche Netz hinaus. Hier müssen wir noch viel leisten.

Kolleginnen und Kollegen, das wird uns aber nicht daran hindern, auch weiterhin - das betone ich ausdrücklich - auf eine Energiewende in dem Sinne zu setzen, dass wir selbstverständlich im Endergebnis von der Atomkraft wegkommen hin zu anderen Energieträgern. Frau Kollegin Kohnen, um eine Wirtschaftlichkeit kommt man nicht umhin; deswegen fand ich schon bemerkenswert, was Sie da gesagt haben. Sie sagen, es wäre ein Fehler, die Solarförderung zu reduzieren, weil dort wirtschaftliche Möglichkeiten lägen. Frau Kollegin Kohnen, da merkt man, in welcher Traumwelt Sie hier leben. Jedermann in diesem Lande weiß, wie sich das Verhältnis von Aufwand und Nutzen und die Kosten bei diesem Energieträger entwickelt haben. Es ist doch wohl auf Dauer niemandem, keinem Strombezieher, weder dem gewerblichen noch dem privaten, zumutbar, dass er Einzelnen, die aus einem bestimmten Energieträger einen besonders hohen Nutzen ziehen, einen wesentlich höheren Strompreis zahlen muss. Man muss sich an der Realität ausrichten, und dafür stehen wir. Wir stehen weiterhin nicht für Ideologie, sondern für eine vernünftige Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Stromversorgung sicherzustellen. Das ist eine große Aufgabe, die man konservativ anpacken muss, so wie wir das tun. Konservativ bedeutet auch zukunftsgerichtet. Das bedeutet, dass wir unser Land gestalten und die bestehenden Möglichkeiten nutzen. Das tun wir.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege König. Als Letzter hat Herr Staats-

minister Martin Zeil das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Ende dieser Aktuellen Stunde als der für Energiepolitik zuständige Minister einige Ausführungen machen. Kollege Thalhammer hat darauf hingewiesen: Die letzte Debatte zu diesem Thema war erst vor drei Monaten. In unzähligen Sitzungen ist über die Frage der friedlichen Nutzung auch in diesem Hause gestritten worden. Wenn man sich die Debatte angehört hat, stellt man fest, dass sich die Fakten seit der letzten Debatte nicht entscheidend verändert haben. Ich darf hinzufügen: Auch die Argumente sind nun weitgehend ausgetauscht und wenig neu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich darf darauf hinweisen, dass sich die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler offensichtlich dafür entschieden hat, eine Bundesregierung zu wählen, die sich auf den Weg macht, das wiederherzustellen, was es lange nicht gegeben hat: dass man sich diesem Thema der Zukunft - es war ja von der Zukunft des Planeten die Rede, -dem Thema, wie wir die Energieversorgung auch für die künftigen Generationen sicherstellen, endlich wieder ideologiefrei nähert, ohne Scheuklappen und ohne das Abschneiden bestimmter Technologien.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen bleibt die Bayerische Staatsregierung dabei, für die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke einzutreten

(Ludwig Wörner (SPD): Sie produzieren damit einfach Waffen!)

Meine Damen und Herren, wir sehen einfach nicht ein, dass dann, wenn wir den Atomausstieg nicht stoppen würden, die sichersten Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet würden und wir dann den Strom, zum Teil teurer, aus weniger sicheren Atomkraftwerken importieren müssten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es wird nun darauf ankommen, hier zu Vereinbarungen zu kommen. Selbstverständlich muss der große Teil der zusätzlich daraus entstehenden Gewinne - das haben wir auch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt - in die energietechnische Forschung gesteckt werden und natürlich auch zur Dämpfung der Strompreise beitragen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das geht doch gar nicht, das wissen Sie auch!)

Meine Damen und Herren, Bayern ist ein rohstoffarmes Land. Öl, Gas und Kohle müssen wir zwangsläufig importieren. Umso wichtiger ist es - das ist auch unsere Pflicht gerade gegenüber den künftigen Generationen -, dass wir unseren Strombedarf auch künftig aus eigener Erzeugung decken können.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Dafür brauchen wir auf absehbare Zeit die bayerischen Kernkraftwerke. Realistischerweise können wir die Energie aus Kernkraftwerken nicht durch die erneuerbaren Energien ersetzen, realistischerweise auch nicht durch Kohle- und Gaskraftwerke, auch nicht durch alle zusammen. Herr Kollege König hat es schon auf den Punkt gebracht: Wir bekennen uns in dieser Koalition eindeutig zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben in die Koalitionsvereinbarung sehr ehrgeizige Ziele aufgenommen. Dazu gehört natürlich die Wasserkraft. Der Umweltminister und ich werden dafür sorgen, dass die Effektivitätspotenziale angehoben werden. Wir werben auch dafür, obwohl wir um die Schwierigkeiten der kommunalen Diskussion wissen, dass die Windkraft dort, wo dies möglich ist und wo es keine schwierigen Diskussionen gibt, ausgebaut wird. Die Staatsregierung hat entsprechende Standortvorschläge gemacht.

(Ludwig Wörner (SPD): Welche?)

- Herr Kollege, Sie kennen doch den Windatlas. Er ist Leitlinie für die Regierungen und die kommunalen Mandatsträger.

(Ludwig Wörner (SPD): Die Sie alle bekämpfen!)

- Herr Kollege Wörner, weil Sie gerade diesen Zwischenruf machen, möchte ich Ihnen eines sagen: Wir müssen dafür sorgen, dass nicht einerseits in diesem Parlament eine Diskussion geführt wird und sich andererseits Mitglieder von Parteien, die hier groß tönen, vor die Bürgerinitiativen stellen und sagen, dass zum Beispiel ein Gaskraftwerk oder ein Kohlekraftwerk verhindert werden müsse. Meine Damen und Herren, so geht es nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Sie schauen dabei nach rechts zur CSU!)

Bei der Biomasse wollen wir unsere Weltmarktführerschaft, die wir zum Teil auch bei der Solarenergie haben, ausbauen. Allerdings ist es auch unsere Pflicht, dort zu bremsen, wo eindeutige Überförderungen vorliegen, zum Beispiel aktuell bei der Photovoltaik. Hier geht es um das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger, die das über die Stromrechnung bezahlen müssen. Wir müssen mit diesem Geld sorgsam umgehen. Deshalb

begrüße ich die von der Bundesregierung geplanten Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz, die auf eine Absenkung der Vergütung abzielen. Die Bayerische Staatsregierung wird sich in diese Verhandlungen einbringen. Ziel ist es, die Überförderungen zu beseitigen und damit Kostensenkungen und technische Optimierungen anzureizen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird dadurch nicht behindert, im Gegenteil.

Herr Kollege Reiß hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die weitere Nutzung der Kernenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht im Widerspruch zueinander stehen. Das beweisen gerade die Zahlen zur Stromerzeugung in Bayern. 57 % der Nettostromerzeugung entfallen auf die Kernenergie, 23 % auf die erneuerbaren Energien. Dieser außerordentlich klimafreundliche Stromerzeugungsmix ist die Ursache für unsere im Bundesvergleich sehr günstige CO₂-Bilanz. Hier geht es um die Glaubwürdigkeit unserer Zukunftsbekundungen. Wenn wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele, zu deren Umsetzung sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, einhalten wollen, muss die Kernenergie dazu auf absehbare Zeit einen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, die Behauptung, dass eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke den Ausbau der erneuerbaren Energien blockieren würde, ist falsch. Diese Behauptung ist weder in wirtschaftlicher noch in technischer Hinsicht zutreffend. Wir brauchen allerdings - darauf ist zu Recht hingewiesen worden - mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Dies ist jedoch nicht zu erreichen, indem wir als Staat bestimmte Technologien verbieten und so tun, als ob wir als Staat wüssten, welche die besten Technologien sind.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das gilt wohl nicht für die Atomenergie?)

Wir brauchen hier den Wettbewerb der Technologien. Sie tun immer so, als würden wir hier eine Diskussion führen, die völlig losgelöst von dem ist, was in der Welt passiert. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Gegenden der Welt die Kernenergie-Kapazitäten ausgebaut werden, ja sogar neue Kernkraftwerke entstehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wo denn?)

Meine Damen und Herren, im Sinne der Nachhaltigkeit wäre es gut, wenn gerade die exzellente deutsche und bayerische Technologie, das Know-how, das wir auf dem Gebiet der Sicherheit haben, Eingang in diesen Ausbau finden würde.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir arbeiten auf der Grundlage dieser Politik, die vorausschauend und die von Nachhaltigkeit geprägt ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Beim Endlager? - Ulrike Gote (GRÜNE): Wohin mit dem Müll, Herr Zeil?)

- Herr Kollege Wörner, Sie wissen so gut wie ich, dass es eine der verhängnisvollsten Entscheidungen während Ihrer Regierungszeit war, die Erkundung des Salzstocks in Gorleben zu stoppen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Hier ist wegen einer ideologischen Verkrampfung wertvolle Zeit verloren gegangen; denn jeder, auch derjenige, der aussteigen will, muss die Endlagerfrage beantworten. Sie haben sich um diese Frage herumgedrückt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Das ist das zweite Asse!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Staatsregierung handelt nachhaltig und auf die Zukunft gerichtet. Mit dieser Energiepolitik - die vorbildlich in ganz Deutschland ist - werden wir uns in die Beratungen über das dringend erforderliche Energiekonzept für die Bundesrepublik Deutschland einbringen. Deutschland muss endlich wieder mit einer klaren Stimme in Europa sprechen. Das war leider in den letzten zehn bis zwölf Jahren nicht der Fall. Das größte Land in Europa braucht endlich wieder einen klaren Kompass in der Energiepolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 2a und 2b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010)
(Drs. 16/3081)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)
(Drs. 16/3082)